

# Merseburger Correspondent.

Er scheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis  
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —  
1 Mark 20 Pf. durch den Gerateträger. —  
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

N. 52.

Dienstag den 14. März.

1893.

## Die Sozialpolitik der Konservativen.

Die Betrachtungen über den Humanitätsfanatismus, die der Freiherr v. Minnigerode in diesen Tagen im preussischen Abgeordnetenhaus angestellt hat, haben den Reichstagsabgeordneten Theodor Barth veranlaßt, in der „Nation“ die Sozialpolitik der Konservativen etwas näher zu beleuchten.

„Das preussische Junkerthum“ — so führt er aus — „wird nicht leicht Jemand im Verdacht haben, an übertreibender Humanität zu leiden. Aber es galt doch eine Zeit lang für klug, arbeiterfreundlich zu sein. Die kaiserliche Vorkasch von 1881 wurde — besonders so lange sie die Agrarier nicht kostete — mit demonstrativer Ehrfurcht behandelt. Wir haben uns durch die Haltung nicht täuschen lassen. Die preussischen Junker — Fürst Bismarck an ihrer Spitze — haben die Zwangsversicherungsgesetzgebung, wie sie aus der Vorkasch von 1881 hervorgemacht ist, immer nur als ein Corollat zum Sozialistengesetz betrachtet; als Zuckerröhrchen neben der Peitsche. Der Zwangscharakter dieser Gesetzgebung erschien ihnen geeignet, die Unterdrückung der in der Sozialdemokratie zusammengefaßten Arbeitermassen zu vollenden. Eine innere Anteilnahme an dem wirtschaftlichen Geschick der Arbeiter war dabei herzlich wenig im Spiel. Fürst Bismarck wollte vor allem der widerspenstigen Arbeiter Herr werden. Ein völliges Fiasco war die Folge. Die Zwangsversicherungsgesetzgebung hat der Sozialdemokratie keinen Abbruch getan, die selbe vielmehr durch die staatliche Anerkennung mancher sozialistischen Grundsätze nur gefördert. Ein diabolischer Humor wollte obendrein, daß Fürst Bismarck über seine eigene Sozialpolitik stolperte und zu Falle kam. Er hat nie soviel von Sozialreform geredet, bis der Staatssozialismus Mode wurde und eine wohlmeinende Gefolgschaft anfang, die Sozialreform von ihrer selbst willsen zu pflanzen. So entstand das Verlangen nach Arbeiterschutz, Fabrikinspektoren, Gewerbegerichten, Arbeiterauschüssen &c. Das alles war durchaus nicht nach dem Geschmack des Fürsten Bismarck, aber die Geister, welche er gerufen hatte, ward er nicht mehr los und sie flopfen ihn schließlich sogar aus dem Reichstagspalais hinaus. Im ganzen preussischen Junkerthum hat sich inzwischen ein ähnlicher Prozeß vollzogen. Man ist des trockenen Tones der Arbeiterfreundlichkeit satt; man findet auch, daß die Gesetzgebung mit mehr Kosten und Unbequemlichkeiten verknüpft ist, als man sich seiner Zeit träumen ließ; und endlich ist von einer größeren Zufriedenheit der Arbeiter infolge der Sozialreform bisher nichts zu spüren.

Die konservativen Agrarier sind deshalb jetzt bereits unwillig. Sie verlangen Schneidigkeit der Behörden, sobald die Arbeiter einmal von ihrer Coactionsfreiheit in unbedeutsamer Weise Gebrauch machen; sie flagen Stein und Bein über die Unbotmäßigkeit und — in diesem Punkte sind sie sachverständig — die Begehrtheit der — Arbeiter. Selbständige Arbeiterorganisationen sind ihnen ein Gräuel; sie verlangen Direction von oben und schärfere Disziplin. Schon wagen sich auch die Wünsche auf Beschränkung der Freizügigkeit und Einschränkung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Reichswahlrechts offen hervor, während durch die künstliche Verheerung der Lebensmittel und die angegriffene Selbstverschlechterung die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter ohne Scheu angegriffen werden. So steht in der heutigen politischen Praxis die „Arbeiterfreundlichkeit“ der leitenden Konservativen aus. Diese Entwicklung der Dinge muß man vor Augen haben, will man den Abscheu des Herrn von Minnigerode vor dem „Humanitätsfanatismus“ recht verstehen.

Wer den Dingen nicht näher auf den Grund sieht, der könnte zu dem Mißverständnis verführt werden: die retrospektive Kritik, die Herr von Minnigerode an den sozialreformatorischen Taten seiner Parteigenossen heute übt, näherte sich den Anschauungen, auf Grund deren wir Freizügigen seiner Zeit die staatssozialistische Gesetzgebung bekämpft haben. Nichts wäre irriger

als diese Meinung. Gerade das, was den Konservativen am Staatssozialismus gefällt, ihnen aber heute als zu teuer erkaufte erscheint: der Zwang und die Bevormundung, bildete für uns den Hauptgrund der Opposition. Wir sträubten uns nicht gegen die Zwangsversicherung, weil wir eine wirtschaftliche Sicherung der Zukunft der Arbeiter nicht vollauf zu würdigen wußten, sondern weil die Versicherung zwangsweise geschehen sollte und wir der Meinung sind, daß es für den Staat viel erspender ist, wenn sich zehn Prozent freiwillig versichern, als wenn hundert Prozent dazu gezwungen werden.

Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter in der Freiheit am sichersten zu einer höheren Kulturstufe gelangen, und deshalb sollen sie sich selbstständig organisieren dürfen. Wir wollen, daß ihre wirtschaftlichen wie ihre politischen Rechte vor jeder gesetzgeberischen Bergewaltigung bewahrt bleiben, und deshalb wollen wir Zwang und Bevormundung allenfalls im Staatsebenen so wenig wie irgend möglich angewandt wissen.

Man erkennt daraus leicht den grundsätzlichen Unterschied zwischen unserer Opposition gegen den Staatssozialismus und dem heutigen politischen Lager der preussischen Junker.

Dieser Gegensatz muß sich mit der Zeit notwendiger Weise immer deutlicher herausstellen und wird auf sozialpolitischen Gebiet vielleicht schon in Kürze eine neue Parteigruppierung herbeiführen. Schon jetzt ist eine Scheidung der agrarischen Sozialpolitiker von den uninteressirten Sozialpolitikern und eine Annäherung der letzteren an die arbeiterfreundlichen Manchesterröhrchen — um den alten, wenngleich längst nicht mehr passenden noch die guerre beizubehalten — erkennbar. Die letztere Gruppe einigt sich immer mehr in den Zielpunkten und strebt dem gemeinsamen Ziele nur auf verschiedenen Wegen zu. Die erstere Gruppe dagegen, die seiner Zeit durch die diplomatische Taktik des Fürsten Bismarck zusammengeführt wurde, wird sich ihrer Disparität immer deutlicher bewußt, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann sie offen die Waffen gegen einander kehrt. Das Wort vom Humanitätsfanatismus wird Einiges zur Aufklärung beitragen.“

## Politische Uebersicht.

Gegen die ungarische Kirchenpolitik hat am Freitag Fürstprimas Kaszary dem Ministerpräsidenten die Adressen des ungarischen Episcopats an die Regierung und den Kaiser überreicht. In der Adressen an den Kaiser wird behauptet, das kirchenpolitische Programm der Regierung würde die alten Institutionen Ungarns umstürzen, unabsehbare Wirren hervorufen und die katholische Kirche in ihren Grundlagen erschüttern. Der Episcopat schließt mit der Bitte, der Kaiser möge als Schutzherr der Kirche gefühlvolle Neuerungen von der Kirche und dem Vaterlande fernhalten. Das Memorandum an das Ministerium bespricht ausführlich in fünf Abschnitten die konfessionelle Zugehörigkeit der Kinder aus gemischten Ehen, die Civilmatrikeln, die Reception der Israeliten, die freie Religionsübung und die Civilehe. Der letzte wesentlichste Abschnitt führt aus, die Civilehe verlege tief das allgemeine religiöse Gefühl, verlege die Dogmen über die christliche Ehe und nehme die Ehe aus der Hand der Kirche; die kirchliche und die bürgerliche Ehe schloffen einander aus. Das Memorandum spricht die Behauptung aus, daß in Ländern mit Civilehe, beispielsweise in Preußen, die Entchristlichung Platz greife. Nach Ansicht des Memorandums wäre der Civilakt in Deutschland unpopulär; das evangelische sowie das katholische Volk Deutschlands vertragen denselben die Anerkennung seiner eigenhämlichen Rechtswirkungen. — Ein verärgertes von Unrichtigkeiten und Uebertreibungen mimmelndes Memorandum kann auf ernsthafte Beachtung keinen Anspruch machen. Gerade die Beachtung auf Deutschland zeugt von einer fast verblüffenden Unkenntnis der Verhältnisse in allen

Ländern. Der Civilakt in Deutschland hat sich so eingebürgert und wird als etwas so Selbstverständliches angesehen, daß von einer Unpopulärität desselben oder einer Befugung der Anerkennung für ihn nicht im Mindesten die Rede sein kann. — In der Freitagssitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses nahm der frühere Ministerpräsident Koloman Tisza das Wort, um die von Abbeß aufgestellte Behauptung, er habe in seiner Stellung als Ministerpräsident f. Z. die römische Kurie um ihre Vermittelung im Interesse innerer politischer Angelegenheiten angegangen, für vollkommen un wahr zu erklären. Er würde nie gebuhet haben, daß die römische Kurie bestimme, welches ungarische Gesetz für ungarische Staatsbürger Geltung besitze. Weder er noch Graf Kalnoky hätten jemals die Hilfe des Papstes bezüglich innerer ungarischer Angelegenheiten angerufen. Es könne vorkommen, daß ein ungarischer Ministerpräsident sich veranlaßt fühle, in Rom auf gewisse Uebelstände aufmerksam zu machen. So habe er, als die Richtung Strosmayers in Rom immer mehr um sich greife, aufmerksam machen lassen, daß die Förderung dieser Richtung nicht räthlich sei. Allein niemals habe er die Kurie angerufen, ihn oder seine Regierung zu unterstützen.

Der französische Panama-Bestechungs-Prozeß, bot am Freitag ein erhöhtes Interesse durch die Vernehmung von Floquet, Clemenceau und Freycinet. Zugleich kam es bereits zu einigen weiteren Enthüllungsbemerkungen, welche neue Uebersetzungen erwarten lassen. Vor den Zeugenvernehmungen gab der Sachverständige Flory nochmals eine Uebersicht über den Stand der Panama-Gesellschaft. Danach hat die Gesellschaft von den ursprünglichen 1430 Mill. Frs. nur noch 200 Mill. Aktiva, obwohl für die Kanalarbeiten selbst nur 555 Mill. verausgabt worden sind. Für Publikationskosten einschließlich der Bestechungen sind nicht weniger als 105 Mill. verwandt worden. Die ersten Zeugen, Deputirte zur Zeit des Voos-Emissionsgesetzes, sagten entlastend für Saneleroy aus, der bereits vor der Abkündigung seinen Umsturz mit Rücksicht auf die Wünsche der Wähler erklärt habe. Der Deputirte Salis machte dabei die sensationelle Mittheilung, er habe in der damaligen Landescommission gehört, daß der Präsident der Republik von der Liste der in der Panama-Affaire compromittirten Personen Kenntniss erhalten habe. Einem Tages habe er im Budgetausschuß deutlich vernommen, wie Voos Guyot erkläre, Constans habe in Ministerath gesagt, er habe in seinem Portfeuille eine Liste von Leuten, die in der Panama-Affaire „gemeinlich“ hätten, und werde dieselbe Herr Carnot übergeben. Er berief sich auf das Zeugnis anderer Deputirter, die damals zugegen waren. Unter allgemeiner Excitation erfolgte dann die Aufzählung von Floquet, gegen den Lessps die Behauptung wiederholte, daß dieser von der Gesellschaft 300 000 Frs. für Bestechungszwecke gefordert habe. Floquet stellte das entschieden in Abrede; er habe es nicht nötig gehabt, Geld von Lessps zu erhebeln. Als er das Ministerium übernommen, habe er an geheimen Fonds über eine Million verfügt. Er habe die Lessps nur als Postulanten empfangen, die ihn gebeten hätten, dafür zu sorgen, daß das Emissionsgesetz auf die Tagesordnung gesetzt werde. Lessps hielt jedoch demgegenüber seine Aussage aufrecht, worauf Floquet erwiderte, auch er bleibe bei seiner Aussage, die er mit seinem Eide bekräftige. Als Lessps hierauf auf die Affäre Blaso einging, bemerkte Floquet: „Ich versehe nicht, was Sie wollen.“ Bei diesen Worten erschollen aus dem Zuhörerraum heftige Ausrufe gegen Floquet, so daß der Präsident den Saal räumen ließ. Bei Wiedereröffnung des Berhörs vertheidigte Lessps, Floquet habe ihn aufgefordert, zu schweigen, damit ein Prozeß zwischen Reinach und Herz vermieden werde. Floquet gab hierauf zu, daß er die beiden Lessps zu sich habe rufen lassen, aber lediglich zu dem Zwecke, um ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die

Panama-Gesellschaft von großen Selbstforderungen bedroht sei: er habe dies zur Zeit der boulangistischen Campagne für seine Pflicht gehalten. Zu Reinach, Herz und Arion sei er nie in Beziehung getreten. Hierauf wurde Clemenceau vernommen. Auch diesem gegenüber erklärte Lefèvre, von ihm zur Befestigung der Schwierigkeiten zwischen Reinach und der Panama-Gesellschaft aufgefordert worden zu sein. Clemenceau, der hierauf vernommen wurde, wiederholte seine früheren Mittheilungen darüber, wie er mit Ranc Freycinet besetzt habe, um mit diesem von dem Prozeß zu sprechen, welchen Reinach gegen die Panama-Gesellschaft beabsichtige. Er habe dies gethan, weil der Ruin der Panama-Gesellschaft im Augenblick der Wahlen gegen die Republik hätte ausgebeutet werden können. Clemenceau gefand zu, daß er Herz bei Grevy eingeführt habe. Clemenceau behauptet, schon im Jahre 1885 sei Lefèvre mit einer Empfehlung Carnots zu ihm gekommen, der damals Finanzminister war. Er habe ihm damals seine Unterstützung versprochen. Clemenceau stellte sodann in Abrede, die bekannte, von dem Bankbeamten Stephane angefertigte Liste erhalten zu haben. Nach Clemenceau wurde Freycinet vernommen. Dieser erzählte über den erwählten Besuch Clemenceau's und Ranc's. Dieselben hätten zu ihm von der ungewissen politischen Lage gesprochen und darauf hingewiesen, wie ein Prozeß Reinach's gegen die Panama-Gesellschaft einen nachtheiligen Widerhall im Lande finden müßte. Hierauf habe er (Freycinet) Lefèvre zu sich rufen lassen und ihn aufgefordert, diesen Prozeß im öffentlichen Interesse zu vermeiden, er habe sich jedoch gleichzeitig geweigert, irgendwelche Einzelheiten in dieser Angelegenheit anzudeuten, und es sei sicherlich nicht in Folge dieses Besuches bei ihm geschehen, daß Lefèvre die 5 Millionen an Reinach zahlte. Lefèvre behauptete jedoch, daß lediglich die Unternehmung mit Freycinet für ihn entscheidend gewesen sei, die 5 Millionen an Reinach zu zahlen. — In der Panamauntersuchungskommission hat Briffon nunmehr sein Amt als Präsident niedergelegt. — Nach einem Telegramm vom 11. d. hat der Justizminister Bourgeois dem Ministerpräsidenten Ribot infolge der jüngsten Verhandlungen im Panama-Befriedigungsprozeß sein Entlassungsgesuch eingereicht.

In den letzten Tagen war in Bern eine Commission von Fachleuten versammelt, um über die Frage der Revision der Schweizerischen Militärordnung zu beraten und zu Händen des Bundesraths eine Vorlage auszuarbeiten. Es werden in verschiedenen wichtigen Punkten Veränderungen angebracht, welche bezwecken, die Beweglichkeit und Schlagfertigkeit der Armee zu erhöhen. Da diese Revisionsarbeit als sehr dringlich erscheint, wird der Bundesrath ohne Zweifel die Angelegenheit so rasch fördern, daß bereits in der Juni-Session der Bundesversammlung ein umfassender Bericht nebst entsprechender Vorlage vorgelegt werden kann. — In Folge des französisch-schweizerischen Zollkrieges ist der Export Frankreichs nach der Schweiz im Monat Januar gegenüber dem Vorjahre von 24,7 Millionen auf 15,4 Millionen, also um über 9 Millionen zurückgegangen. Von diesem Minusbetrag wurden sowohl die Landwirtschaft als die Industrie betroffen.

Das englische Ministerium hofft die zweite Lesung der Somerville-Bill spätestens am 16. d. M. beginnen zu können, jedenfalls noch vor den Osterferien. Andernfalls will es diese auf wenige Tage beschränken. — Eine Novelle zum Gesetz über den Elementarunterricht, welche das schulpflichtige Alter der Kinder betrifft, wurde am 4. d. M. eingebracht. Der Zweck der Bill ist, die Altersgrenze, von welcher ab die gänzliche Befreiung vom Schulbesuche eintreten darf, auf elf Jahre festzusetzen, so daß die Uebereinstimmung mit dem die Beschäftigung der Kinder in Fabriken bestimmenden Gesetze hergestellt wäre. — Ueber die englische Marine erklärte am Freitag im Oberhause der erste Lord der Admiralität Spencer, die Regierung habe die Nothwendigkeit empfunden, die Stärke Englands als erste Seemacht zu behaupten. Wenn man die englische Flotte mit den Flotten Frankreichs und Russlands vergleiche, so besitze England eine bedeutende Ueberlegenheit an Schlachtschiffen, aber diese Ueberlegenheit würde 1896/97 nicht mehr bestehen. Daher wäre es nöthig gewesen, die Zahl der Schlachtschiffe zu vermehren, und mit den noch zu bauenden Schiffen werde England 1896/97 58 Schlachtschiffe gegen 64 französische und russische Schlachtschiffe besitzen. Von Kreuzern werde im Jahre 1897 England 62 gegen 40 französische und russische besitzen.

### Deutschland.

Berlin, 13. März. Der Kaiser empfing am Sonnabend Mittag nach Entgegennahme militärischer Meldungen die zur Beschäftigung militärischer Einrichtungen hier anwesenden österreichischen Beamten,

Sectionschef Ritter v. Rosenzann und Ober-Intendant Franz Caucig, im Schlosse in Audienz. Am Nachmittag, nach Aufhebung der Frühstücksstapel, unternahmen der Kaiser und die Kaiserin eine Spazierfahrt. Nach der Rückkehr von dieser verließ der Kaiser in seinem Arbeitszimmer. Am Abend um 7 1/2 Uhr entsprachen der Kaiser und die Kaiserin einer Einladung des Fürsten und der Fürstin zu Stolberg-Berningerode zum Diner. Gekrönt Vormittag begaben sich die Majestäten zum Gottesdienst in der Dom-Interimskirche.

(Dem Bundesrath) ist dieser Tage ein Entwurf von Bestimmungen zugegangen, betreffend Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Ziegeleien. Nach dem Entwurf dürfen diese Arbeitkräfte zur Gewinnung und zum Transport von Rohmaterialien, sowie zu Arbeiten in den Oefen und zum Feueren der Oefen, Arbeiterinnen auch zur Handformerei der Ziegelsteine mit Ausnahme der Dachziegel nicht verwendet werden. Die tägliche Beschäftigung darf 12 Stunden, die wöchentliche 66 Stunden nicht überschreiten, die Arbeitsstunden dürfen nicht vor 4 1/2 Uhr morgens beginnen und nicht über 9 Uhr abends hinaus dauern. Es müssen zwei Arbeitspausen gewährt werden, die nach je längstens 4 Stunden eintreten. Die Dauer der Mittagspause muß mindestens eine Stunde, die der übrigen Pausen mindestens eine halbe Stunde betragen.

(In Abgeordnetenkreisen) erzählt man eine Aeußerung des Kaisers, die für die Situation charakteristisch sein dürfte. Von Seiten der Anhänger der Jellischen Schulvorlage — so habe sich Se. Majestät vernommen lassen — sei deren Zurückziehung als ein Akt der Schwäche, als ein Zurückweichen vor einer künstlich gemachten Erregung der öffentlichen Meinung dargestellt worden und das sei ganz unrichtig. Nicht zurückweichen sei man, sondern Se. Majestät habe gerade an seiner Ueberzeugung festgehalten und sich einen Versuch versagt, ihn in eine andere Nähe zu ziehen. Troßdem werde die Kritik des Schulgesetzes immer als das Zeichen einer schwachen Regierung hingestellt. — Die Militärvorlage werde jetzt Gelegenheits geben, durch die That zu zeigen, wie ungerecht dieser Vorwurf sei. Es werde der Beweis geliefert werden, daß der feste Wille seines Großvaters auch in Kaiser Wilhelm I. lebendig sei.

(Ueber die Ausschussung des Allgemeinen deutschen Bauernvereins), welche am 9. d. in Berlin stattfand, wird u. a. Folgendes berichtet: Sämmtliche Delegirten waren einzig in der Haltung des Grundsatzes, daß der Allgemeine deutsche Bauernverein für die Aufrechterhaltung der Kornzölle von 35 Mk. pro Tonne für die zwölfjährige Dauer der Handelsverträge eintrete, dagegen aber für die wesentliche Herabminderung der die Bauernschaft überlastenden Industrie- und Handelszölle eintrete. Abg. Wipper betonte als Vorsitzender des Vereins diesen Gesichtspunkt bei Einleitung der Verhandlungen scharf, erklärte aber zugleich, daß sich die Bauernschaft und das ganze Volk unter dem Segen der Zollvereinstarife glücklicher und wirtschaftlich wohlter befunden habe als heute. Der Landwirtschaftsbund lege ein wirtschaftliche Maaße vor, unter welcher große politische Ziele der Junkerpartei verschleiert würden. Man wolle die Bauernschaft durch die Zollfragen dazu verleiten, sich wieder voll und ganz der Führerschaft des abgewirtschafteten feudalen Junkenthums zu unterwerfen und durch die Ivoliversammlung sei ein Vorstoß versucht worden, die Politik der Regierung nach den Wünschen des Grafen Mirbach und seiner junkerlichen Genossen umzubilden. Die Bauernschaft stehe überall zurück. Schließe sich dieselbe der Junkerpartei an, dann verjagte dieselbe auf Geldentmachung ihrer Programmforderungen betreffs Reform der Agrar- und Gemeindegeseßgebung und des Beitragsverhältnisses zur Erhaltung des Wegedammes sowie der Kirche und der Schule und auf Befestigung des Stimmrechts. Die Geldentmachung dieser Forderungen sei für die Bauernschaft wichtiger, als der werthlose Streik um die Kornzölle, die gegenwärtig pro Centner nur noch 1,75 Mk. betragen. Man werde, wenn man die Candidaten des Landwirtschaftsbundes in die Parlamente wähle, zwar erleben, daß diese Leute in der Partei keine Politik treiben würden, daß aber jeder für sich die ärgste Junkerpolitik vertreten werde zum Nachtheil der Bauernschaft. Delegirter Lautenschläger, Mitglied des russischen Landtags, bedauert, daß sich die Bauernschaft nicht aus dem Wesen des Kornzollnuzens lösen könne. Diese Auffassung liege aber thatsächlich vor und der Verein habe derselben Rechnung zu tragen. Aber auch er sei der Ueberzeugung, daß der Schwerpunkt für eine gesunde Fortentwicklung der Bauernschaft in richtiger Behandlung der Agrar- und Gemeindefragen liege. Er habe mit Erstaunen über die augenblicklichen Landverhältnisse Preußens gehört. In den übrigen Theilen Deutschlands verhalte man gar nicht, wie es der führende Staat Deutschlands über sich gewinnen könne,

die große und überaus treue Bauernschaft auf diesem Gebiete der Willkür der Junker zu überlassen. In seiner Heimath sei längst das Großgut eingemeindet und der bauerliche Gemeindevorsteher verwalte die Gemeinde und die niedere Polizeimeisterhaft. Die Landgemeinde sei der wichtigste Factor des Landlebens und erzeuge tüchtige Repräsentanten der Bauernschaft. Er sei überzeugt, daß in ganz Deutschland diese Verhältnisse sich rückwärts umzubilden werden, wenn nicht in Preußen endlich die Bauernschaft den Sieg über die Junker durch Erfüllung der Programmforderungen des Vereins gewinne. Darum stehe er ein für den Kampf gegen die widerliche Fiumlage der Junker. Dieselbe sei nichts anderes als die Fortsetzung der Bestrebungen des reactionären Bauernbundes unter veränderter Aufschrift. Er bringe der Versammlung die Grüße der Bauernschaft aus Ostthüringen.

(Absage an den Bund der Landwirthe.) Die Ueberleitung der landwirthschaftlichen Vereine im Königreich Sachsen hat an diese Vereine die Bitte gerichtet, die Bestrebungen des „Bundes der Landwirthe“ von Vereins wegen nicht zu unterstützen. Begründet wird diese Bitte damit, daß die eigentlich landwirthschaftlichen Ziele dieses Bundes von den sächsischen Landwirthen nicht auf dem Umwege über Berlin erreicht werden brauchen. Die politischen Ziele des Bundes der Landwirthe aber in den landwirthschaftlichen Vereinen zu verfolgen, verbiete aber sich darum, weil gerade der Ausschluß politischer Bestrebungen den sächsischen Vereinen eine werthvolle Ausnahmestellung außerhalb des Vereinsgesetzes gewähre. Im Uebrigen wird vor Zerstückelung der Kräfte gewarnt.

(Eine Jünstlerversammlung) tagte in Berlin am Freitag im Concordiaaal in der Andreasstraße und war von etwa 1200 Personen besucht. Schuhmacher-Direktor Beutel hielt die bekannte Jünstlerrede, welche in der Forderung nach Einführung des obligatorischen Beschäftigungsnachweises gipfelte. Redner verlangte die Bildung einer selbstständigen politischen Handwerkerpartei. Drechslermeister Wegner schalt auf die Juden, welche hauptsächlich an der Lage des Handwerks Schuld seien. Nur die Bildung einer selbstständigen Handwerkerpartei bei den Wahlen könne nützen. Goldarbeiter Fischer meinte in Bezug auf die Angriffe gegen die Bazar, das Hauptcontingent der Bazar-käufer bildeten gerade die Handwerkerfrauen. (Rufe: Sehr richtig!) Schneidermeister Horst empfahl ein Zusammengehen mit den Antifemiten. Direktor Beutel erklärte, der Forderung, daß die Handwerker förmlich der antifeminitischen Partei beitreten und Judenfeind werden sollten, könne er sich nicht anschließen. Dann aber meinte in seiner consensuellen Weise der Redner, daß die Antifemiten sich auch selbst bereits Deutschsozialisten nennen, einer solchen Partei allerdings Beizutreten könne. Schließlich wurde in einer Resolution beschlossen, die künftige Deputation des Innungsausschusses Deutschlands zu beauftragen, eine deutsche Mittelstandspartei zu gründen, damit Handwerker in den Reichstag und Landtag gewählt würden. Außerdem wurde beschlossen, zu einer demnächst zu berufenden Versammlung die Fraktionsvorstände aller Parteien einzuladen und in dieser Versammlung die Organisation der politischen Handwerkerpartei vorzunehmen. — Der letztere Beschluß hat natürlich nur den Zweck, den Jünstlern wieder einmal die Person ihres Großmeisters Adersmann vor Augen zu führen.

(Polizeiliche Ueberwachung der Kriegereine.) Eine Ueberwachung eigener Art, so wird der „Rhein. Westf. Ztg.“ aus Barmen geschrieben, wurde mehreren hiesigen Kriegereine- und Landwehrevieren bereitet. Dieselben erhielten nämlich dieser Tage von der Polizeiverwaltung ein Schreiben, in welchem den Vorständen aufgegeben wurde, die Mitglieder derselben dahin zu prüfen, ob etwa auch Sozialdemokraten Aufnahme gefunden hätten. Wenn dies der Fall, dann seien dieselben sofort auszuschließen, andernfalls wäre den betreffenden Vereinen der Charakter als Kriegereine- und Landwehreverein zu entziehen, d. h. sie würden keine Vereinszugehörigkeit führen und nicht mehr öffentliche Aufzüge unternehmen dürfen. Die Vorstände der betreffenden Vereine befinden sich nun in einer sehr üblen Lage. Dem woran sollen sie die Sozialdemokraten erkennen? Die Vorstände begreifeln übrigens auch, wenn „Raubgier“ unter ihnen sein könnte, diese aber als solche nicht auftreten und keinerlei Anstoß geben, das Recht der Ausschließung. Würde ein derartiges Mitglied es einmal an der nöthigen Achtung patriotischer Kundgebungen fehlen lassen, so würde es selbstverständlich sofort ausgeschlossen werden. Jedenfalls dürfte dieses Mittel, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, sich als sehr wenig wirksam erweisen.



# Seidenwaaren-Specialgeschäft

Billigste Bezugsquelle nur solider Stoffe. — Jedes Maass verkäuflich.

Die hierdurch entstandenen Roben kleineren Maasses (10—14 Meter) empfiehlt als besonders vorthellhaft

Halle a/S. **G. Schwarzenberger.** Poststr. 910.

## Grosse Auction von Möbeln u. s. w.

Am **Donnerstag den 16. März 1893,**  
von **vormittags 10 Uhr ab,** versteigere ich im  
**Kursaal zu Lauchstädt**

für Rechnung wem es angeht, gegen sofortige Zahlung:

- 1) 1 Büffet,
- 2) 1 Trumeau und andere große und kleine Spiegel,
- 3) 1 großes Panel-Sopha mit Spiegel,
- 4) 3 neue Sophas,
- 5) 4 Fauteuils,
- 6) verschiedene werthvolle Bilder (darunter eine Gallerie der **Generäle Friedrich des Grossen**),
- 7) Leppische Tischdecken, Matrasen, Vorleger, Vasen und noch sämtliches fast neues Mobiliar, welches **Dr. Gadow** in **Lauchstädt** benutzt hat.

**Schwartz,** Gerichtsvollzieher.

## Vieh- und Inventar-Auction.

Zur **Kühnert'schen** Gute zu **Weihenschirnbach**, eine halbe Stunde von **Bahnstation Wittenburg**, sollen **Freitag den 17. März d. J., von vormittags 11 Uhr ab**, wegen Aufgabe der **Wirthschaft**:

4 Stück gute **Ackerpferde**, 9 Stück **Kuhvieh**, **Simmensbaler Kreuzung**, sämtlich tragend, 4 Stück **Jungvieh**, 9 **Schweine**, darunter **schlachtbare**, und eine **Juchstau**, 1 halbbedeckter **Aufschwagen**, 2 **Ackerwagen**, 2 kleinere **Wagen**, **Schlitzen**, **Weiss- und Säusel-Maschine**, **Kornreibe**, **Gleichen**, **Ringel- und Glattmalze**, **Wäge**, **Preissaar**, und die sonstigen zur **Acker- und Milchwirthschaft** gehörigen **Geräthe**, **Reinigungswagen**, je 1 **Stamm Gänse**, **Enten**, sowie die **Vorräthe** an **Stroh**, **Strohstiele**, **Heu** und **Futter**.

Especially meistbietend gegen **Barzahlung** verkauft werden.  
Die **Büße** aus beiden **Richtungen** treffen **10 und 10 1/2 Uhr** **Bahnhof Wittenburg**, **Station der Unirntbahn**, ein. (B. 1059 H.)

## Einen Posten

**Regenmäntel und Regenpaletots,**

gebiegene Sachen, verkaufe um damit zu räumen

Stück von **5 Mk. an.**

**Adolf Schäfer.**

## Paul Exner, Entenplan,

Maass-Geschäft I. Ranges für **Fussbekleidungs-**  
**gegenstände jeder Art,**

hält sich bei eintretendem Bedarf angelegentlichst empfohlen und **versichert** bei sorgfältigster **Bedienung** **feinsten Sitz** und **Berwendung** **besten Materials.**

**Solide Preise.**

**Reparaturen.**

## Getrocknete

**Zuckerrübenknäuel,**  
bestes **Krautfutter** für **Kinder**, **Schweine**, **Schafe**,  
verkaufe ab **Lager** auch in **kleinen Posten.**

**Ed. Klaus.**

## Kohlenanzünder,

**30 Stück 20 Pfennige.**  
**Ed. Klaus.**

Alle **Landwirtschaftsgärtnerei** wird **angewonnen** und **prompt** **angeführt** von  
**Bruno Hofman**, **Handelsgärtner**,  
**Sälterstraße 7.**

## Kartoffeln!

Die so **beliebte** **wollschmeckende** **gelbe**,  
**Kreuz-Kartoffel** empfiehlt  
**Unteraltenburg 1. W. Neuleke.**  
Gleichzeitig **empfehle** **Merunge 3 Stück**  
**10 Pf.**, sowie auch **H. Limburger**  
**Kümmel-Käse.** **D. D.**

## Saat-Gerste,

**Saat-Erbse,**

**Saat-Wicke,**

**Saat-Mais** offerirt

**Theod. Lücke.**

## Margarine

(**Marle Erlumphi**)  
a **Pfd.** **80 Pf.** **empfehle** **stets** in **frischer**, **feinsten**  
**Qualität.** **Otto Zachow.**

Für **Merseburg** **Alleinverkauf** für **Wahnschaffe & Co.**, **Clebe** und **Rotterdam.**

Zum **Zustandsehen** von **Gärten** empfiehlt  
sich **B. Hofman**, **Handelsgärtner**,  
**Sälterstraße 7.**

## Sahnenbonbon,

**ff. Braliné**  
empfeht  
**Gustav Schönberger jun.**

## Gelegenheitskauf.

**Prima Elässer Brocat**  
zu **Beizebügen**

1 **Bezug** mit **2 Kissen**, also  
4 **Meter Brocat 130 cm breit**,  
85

für **6 Mark.**

**H. C. Weddy-Koenig**,

**Merseburg, Burgstraße.**

## Lager Gerat reinwollener Kleiderstoffe.

Zeige hiermit den **Eingang** von

**Frühjahrs- u. Sommerneheiten**  
in **grosser Auswahl** **ergebenst** an.

**Schwarze Confectionsstoffe** sowie **helle engl. Stoffe** zu **Jaquets** und **Regenmänteln** immer am **Lager** und **empfehle** **solche** zu **bekannt** **billigen** **Preisen.**

Gleichzeitig **empfehle** **Gardinen- und Congressstoffe** vom **einfachsten** **bis zum** **feinsten** **Muster** zu **Fabrikpreisen.**

**Bertha Naumann,**

**Marienstraße Nr. 1a part.**

**Burgstraße 16.**

**Burgstraße 16.**

## Oscar Leberl,

**Drogen-, Lack-, Farben- und Firnis-Handlung,**

empfeht:

**sämtliche Oel- und Wasserfarben**

troden oder mit **bestgeeignetem Firnis** zum **Anstrich** **fertig** **verrieben.**

**Metallfussbodenester**, zum **sofortigen** **Anstrich** **fertig**, **schnell** und **hart** **troden**, **nicht** **nachbleibend**, **sehr** zu **empfehlen.**

**Berkeinalack** zum **Bedrten** der **Fussböden** u. s. w., **feinart** **werdend.**

**Seidfirnis**, **garantirt** **rein**, **best** **getoht** — **nicht** zu **verwechseln** mit **Da** **ist** **verletzen**, **nicht** **trodenend**, **aber** — **billig** — **angebotenem** **Firnis.**

**Sämtliche weisse und grüne Oelfarben** zu **Fenstern** und **Gartennubeln**, sowie **besonders präparirte Farben** zum **Anstrich** **von** **Wagen**, **landwirthschaftlichen Maschinen** und **Geräthen**, **äußerst** **haltbar.**

Alle **Sorten** **Verst- und Haarpinsel**, **Beurcen**, **Reime**, **Spiritus** u.

Bei **Abnahme** **größerer** **Quantitäten** **Vorzugspreise.**

**Wiederverkäufer** **Engros-Preise** nach **Liste.**

## Einen Posten

**Confirmanden-Jaquetts**

gebe um damit zu räumen

Stück von **3 Mk. an**

ab.

**Adolf Schäfer.**

## Regenmäntel.

**Großartige Neuheiten.**

**Enorme Auswahl.**

**Billigste Preise.**

**Hugo Hartung,**  
vorm. **J. Schönlicht.**

## Paul W. Volkmann,

**Burgstrasse Nr. 6,**

**Schulbuch-, Papier- und Schreibwaaren-Handlung,**  
gegr. vor **1720.** **Buchbinderei,** **gegr. vor 1720.**

empfeht

**Gesangbücher** für **Stadt** und **Land.** **Schulbücher** für **Stadt** und **Land.**

**Oster- u. Confirmationskarten.** **Sämtliches vorschrifts-**

**Gratulationskarten.** **mässiges Schulmaterial.**

**Schultornister.** **Formulare! Kirchen- u. Schul-**

**Schultaschen.** **Normalpapiere für Behörden.**

**Mal- und Zeichen-Utensilien.** **Comptoirbedarfsartikel,**

**Zeichenpapiere.** **Geschäftsbücher,**

**Pauspapier und Pausleinwand** **Anfertigung derselben nach Wunsch,**

(**feinste** **englische** **Marke**, **bläulich**), **feine Lederwaaren**

**Schreib- und Briefpapiere,** **(das Neueste, da neu zugelegt),**

**vorzügliche Tinten,** **Briefmarkenalbums von 10 Pf. an,**

**fremde Briefmarken.** **Mey's Stoffwäse.**

**Lager** **aller** in **den** **hiesigen** **Schulen** **eingeführten** **Schreib- und Lehrbücher.**

**Einrahmungen** **aller** **Art** **wird** **sauber** **ausgeführt.**

**Sämtliche Buchbinderarbeiten** in **besten** **Ausführung.**

*Quisa eine Selbige.*

Deutschland.

(Zur Jesuitenfrage.) Die deutsch-evangelischen Blätter von Prof. Willibald Beyßlag bringen aus der Feder des bekannten Theologen Richard Weitbrecht einen Artikel, die „Waffen der Jesuiten.“ Da diese Frage demnach ihre Lösung finden wird — und in welchem Sinne, daran ist wohl kaum mehr zu zweifeln! — so verdienen folgende Betrachtungen um so größere Beachtung. Herr Weitbrecht schreibt unter anderem: „Es ist kein Blatt in der Geschichte der Neuzeit, in welches der Jesuitenorden seine Fäuge nicht eingeschrieben hätte; und in das Geistesleben der Menschheit hat seit der Reformation keine Macht so tief eingegriffen wie der Jesuitenorden. Es ist deshalb thöricht, über die Jesuiten zu spotten, und lächerlich, die Jesuiten fürcht zu verhöhnen. . . . Mit dem Einbringen der Jesuiten beginnt der Krieg gegen den Protestantismus in der rücksichtslosesten Weise. . . . Wohl gemerkt, es ist hier niemals von dem Wesen der „Schwartzkitteligen“, des reinen Katholicismus, die Rede! Nach Weitbrecht ist die Schilderung des Jesuitismus, wie sie Johannes Scherr gab, der selbst Katholik war, trotz ihrer Form doch inhaltlich noch bis auf diesen Tag wahr. . . . „Den Jesuiten vor allem, ja fast ihnen allein verdankt man die Weiberbelebung und Verstärkung der confessionellen Gegensätze nach dem Anfang des Jahrhunderts. . . .“ In Wirklichkeit sind die paar Jesuiten 12306 Diözesanglieder, von denen auf Deutschland 1000 „gerechnet“ werden. Es können nach Aufhebung des Jesuitengesetzes aber ebensogut alle 12000 nach Deutschland kommandirt werden! Und die Jesuiten, eingedenk des ehemaligen Berufes ihres Begründers, verfehlen sich bekanntlich auf Taktik und Disziplin. . . . Es werden dann Bismarck's Worte aus der Sitzung vom 28. November 1885 angeführt, die gerade heute Wiederholung verdienen. Der Kanzler sagte: „Der Jesuitenorden ist eine Vereinigung geschickter Leute für Zwecke weltlicher Herrschaft und mit großen Erfolgen. . . . Die Neigung zur Vaterlandslosigkeit ist es, die gerade der Jesuitenorden mehr als irgend ein anderer durch seine Zügelziehung fördert, indem er die Jugend von den nationalen Bänden, vom Nationalgefühl losreißt. Das ist eben die Hauptsache, die ich gegen den Orden habe. . . .“

(Die Partei der „Unabhängigen.“) Der Vorstand des Vereins der unabhängigen Sozialisten Berlins richtet an „alle revolutionären Arbeiter Berlins“ die Aufforderung, eingebend des Sages: „In der Einheit liegt die Kraft“, von Neugründungen abzusehen und ihren Kreis bestehenden Verein anzuerkennen und demselben in Masse beizutreten.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 11. März.) Die einzige thatächliche Angabe in der Ahlwardtschen Jungenerrede war die, daß die Bismarck'sche Fabrik 60000 Käufer von einer Solinger Fabrik bezogen habe und daß die italienische Regierung diese Käufe bereits vorher zurückgekauft habe. Auf Anregung des Abg. v. Marquardsen erklärte heute der Reichstag, daß die Bismarck'sche Fabrik die Käufe zu den von ihr geforderten Gewinnen durch die künftige Gewerbesteuer in Schwaben erhalten und diese Höhe von Kump und Marock bezogen. Die neue Ahlwardtsche Enttarnung war also nichts als ein neuer Schwindel. Der Militärkretar wurde heute glücklich erledigt, nachdem ein Mißverständniß, welches durch den angeblich „höflichen“ Gesichtsdruck des Abg. Hauptmann während einer Rede des General-Deputierten v. S. P. H. veranlaßt war, zur allgemeinen Befriedigung angeklärt worden. Herr Hauptmann hatte wohl über die Einladung, die Spandauer Gefängnisse zu besuchen, gelächelt, weil er sich vorstellte, daß man einem Besucher länger, als ihm lieb sein würde, Gelegenheit geben könnte, sich von der Vortheilhaftigkeit der Gefängnisverrichtungen zu überzeugen. Der Zwischenfall blieb glücklicherweise ohne Folgen. — Von Wittenberg gehen nach dem Postbampfergesetz die Gattis der Reichsessenbahnen, des Reichsstaatsamts und der Pöle und Verkehrssteuern auf der Tagesordnung.

— Um Zulassung der Frauen zu den gelehrten Berufsstudien sind von dem Verein „Frauenbildungsreform“ in Weimar und von dem Allgemeinen deutschen Frauenverein in Leipzig Petitionen an den Reichstag gelangt, welche die Zulassung des weiblichen Geschlechts zum medizinischen Studium, die erstere auch zum philosophischen Studium verlangen. Die Petitionskommission hat beschloffen, die Petitionen dem Reichskanzler zur Erwägung zu übermitteln.

— Abg. Ahlwardt hatte bekanntlich beim Beginn der Beratung über den Militärkretar am Donnerstag bei dem Titel „Kriegsminister“ einen Theil seiner Anklagen aus der bekannten Broschüre wiederholt und neue Anschuldigungen hinzugefügt unter Berufung darauf, daß er von den Thatsachen erst nachher Kenntniß erhalten habe. Abg. v. Marquardsen kam bei der Spezialberatung des Etats über Artillerie- und Waffenwesen am Sonnabend auf die Angelegen-

heit zurück. Der Kriegsminister dementirte in schärfster Weise alles, was Ahlwardt vorgebracht und bezeichnete auch dasjenige, was er unter Berufung auf neue Ermittlungen hinzugefügt hatte, als absolut unwahr. Weder Ahlwardt noch irgend ein anderer antisemitischer Abgeordneter war zur Stelle. Die Herren waren alle am Auf Agitationsreisen ausgeflogen. Abg. Richter konstatierte diese Thatsache ausdrücklich mit dem Hinzufügen, daß es ja leichter sei, in Volksversammlungen außerhalb Anklagen gegen Behörden zu verbreiten, als dieselben angesichts der verantwortlichen Behörden im Reichstage zu vertreten. Ahlwardt habe sein erstes parlamentarisches Debut durch Vordringung von Unwahrheiten gekennzeichnet.

— Das antisemitische Programm gegenüber der Militärkretar formulirte der Abg. Pickenbach in einer Antisemitenversammlung in Lichtersfeld dahin, daß die Antisemiten bereit sind, alles zu bewilligen gegen die Zusicherung, daß jüdische Lieferanten von der Armeeverwaltung ausgeschlossen werden, und die Kosten durch Steuern aufgebracht werden, welche die mittleren und unteren Volksklassen nicht treffen.

Provinz und Umgegend.

II Halle, 11. März. Die hiesigen Sozialdemokraten feiern den 1. Mai nach den Beschlüssen der obersten Leitung in Berlin, d. h. durch eine große Volksversammlung am Abend des 1. Mai und Beschlußfassung der bekannten Abstufungsresolution, ferner durch einen Massenaufzug am nächstfolgenden Sonntag. In einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung des hiesigen sozialdemokratischen Vereins stellte ein Genosse den bezüglich ausgenommenen Antrag, die Genossen möchten doch am Abend des 1. Mai illuminiren! —

S. Dresden, 11. März. Die „internationale Sanitätskonferenz“ ist heute hier unter dem Vorhitz des kgl. preuß. Gesandten Grafen Dönhoff zusammengetreten und vom Herrn Staatsminister v. Meißner-Dresden als Ehrenpräsidenten eröffnet worden. Es sind 60 Vertreter, meist hervorragende Diplomaten der europäischen Staaten eingetroffen. Die wichtigsten Verhandlungen finden in den Repräsentationsräumen des Minister-Hotels statt und dürften mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Die Verhandlungen finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und werden in französischer Sprache geführt. Die Initiative zur Konferenz ging von der österreichisch-ungarischen Regierung aus, die zunächst mit Deutschland und dann mit anderen europäischen Staaten in Verbindung trat. Dem Wunsch der österreichisch-ungarischen Regierung, daß die Konferenz auf deutschen Boden abgehalten werden möchte, wurde deutschseits zugestimmt und es sind demzufolge die formellen Einladungen zur Konferenz von der deutschen Regierung erlassen. Auf dieser Konferenz wird beabsichtigt, im Hinblick auf die schweren Schädigungen, welche das gesammte wirthschaftliche Leben nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern durch die in einzelnen Staaten anlässlich der vorjährigen Cholera-Epidemie ergangenen weitgehenden und verschiedenartigen Verkehrsbeschränkungen erlitten hat, für die Zukunft bestimmte Grenzen zu vereinbaren, über welche bei den zur Abwehr der Cholera zu ergreifenden Maßnahmen allerseits nicht hinauszugehen wäre. Aergre, selbstverständlich aber Herr Geh.-Rath Prof. Koch Berlin, sind heute vertreten.

Wittenberg, 10. März. Prof. Reinhold Vegas hat, wie die „R. A. Ztg.“ mittheilt, die im Auftrage des Kaisers geschaffene Medaille, welche der Monarch zur Erinnerung an die Jubelfeier zu Wittenberg am 31. Oktober 1893 bestimmt hat, vollendet. Die Vorderseite der Denkmünze zeigt das Brustbild Kaiser Wilhelm II. in scharfem Profil. Der Herrscher trägt den abergeschmückten Helm der Garde zu Corpö; auf dem Krans wird die Krone des Schwarzen Adler-Ordens sichtbar. Die ganze Auffassung des Reliefportraits entspricht völlig der, welche Vegas in seiner bekannten Kaiserbüste waltend läßt. Der Revers der Medaille giebt eine Darstellung der am 31. Oktober 1892 von neuem gereinigten renovirten Schloßkirche zu Wittenberg mit ihrem charakteristischen Thurm. Eine Engelsgestalt schwebt über dem Gotteshaus und hält in ihren Händen ein Spruchband, auf dem das alte Lutherlied „Ein feste Burg ist unser Gott“ steht. Der Revers der Medaille zeigt als umrahmende Inschrift die Worte „Wilhelm II. Kaiser von Deutschland“, und der Revers trägt die Daten „31. Oktober 1517—31. Oktober 1892.“

Leipzig, 10. März. In zwei 35-jährigen Maurern aus Eilenburg bzw. Jörbig sind nach der S. Ztg. die beiden Wilddiebe ermittelt worden, die am Morgen des 3. Januar einem Beamten, der sie überführt hatte und verhaften wollte, übel mit-

spielten. Einer der Wilddieber ist bereits mit 7 Jahren Zuchthaus vorbestraft. — Während der kommenden Osterwoche wird infolge zahlreicher Anmeldungen von Schanstellern auch der Königsplass wieder in Benutzung gezogen werden. Bereits den 23. d. beginnt Circus Schumann in der Alberthalle des Krystallpalastes seine Vorstellungen.

Seehausen (Altst.), 12. März. Gestern wurde in der Nähe von Camp in der Elbeinlage die von den Fluthen des Stromes angespülte Leiche eines jungen Mädchens aufgefunden. Wie man der S. Ztg. schreibt, sprechen alle Anzeichen dafür, daß wohl ein Raubmord vorliegt; denn dem Mädchen, das im Rücken eine tiefe Wunde zeigt, fehlten fast sämtliche Kleidungsstücke. Die Leiche hat schon längere Zeit im Wasser gelegen.

Localnachrichten.

Merseburg, den 14. März 1893.

Ueber den Reuterinterpreten G. Becker, der heute Abend in der „Reichstrone“ hier selbst auftritt, schreibt man uns: Herr G. Becker ist geborener Merseburger, aus Malchin, also in unmittelbarer Nähe von Reuter's Geburtsort Stavenhagen, gebürtig, kennt also als solcher auch den Geist der Dichtungen und weiß, wie man sie vorträgt, einfach und ungekünstelt in der schlichten Sprache des Volkes und mit jener biederen Treuherzigkeit, die ein Stüd von dem Wesen eines jeden Merseburgers selber ist. Was dem Reuter-Abend des Herrn Becker einen besonderen Werth zu verleihen ganz besonders geeignet sein dürfte, ist der Vortrag frei aus dem Gedächtnis, wobei das Buch als eine die unmittelbare Wirkung hemmende Schranke wegfällt. Beide Theile, sowie der freie Vortrag, wie auch die Vertrautheit mit der plaudernde Sprache vereinigen sich bei Herrn Becker, um seine Zuhörer zu packen, zu fesseln und bis ins Innerste zu rühren. Nach einem Urtheile der Nachfolger der berühmten Reuterrecitatoren Kraepelin und Goebe bezeichnet. Wir empfehlen deshalb den Besuch des Abends angelegentlich.

Der Turnverein „Vorhkeim“ veranstaltete am Sonntag zum Besten des Kaiser Friedrich-Denkmal in dem festlich geschmückten Saale des „Casino“ eine Abendunterhaltung, welche sich einer recht zahlreichen Beteiligung erfreute. Die Einleitung bildete ein den heimgegangenen Fünften feiernder Prolog, worauf ein ziemlich umfassendes und abwechslungsreiches Programm folgte, dessen einzelne Nummern allseitig den lebhaftesten Beifall fanden. Einen besonderen Genuß bereiteten die von Mitgliedern der „Melobla“ in trefflichster Weise vorgetragene Hofsieder und das nicht minder gut zu Gehör gebrachte komische Duett „Eine Gevatterbitte“ von Richard Genée. Viel Heiterkeit erregten zwei humoristische Szenen, „Der stumme Musikant“, ein und bisher nicht bekannter höchst origineller Scherz, und das seine Wirkung selten verfehlende „Kaferteneben“. Dazwischen trug ein Herr einige gefällige Sätze auf der Zither vor, und im letzten Theile wurde der hübsche Schwank „Ein Strafrapport“ aufgeführt, dem sich dann gegen Witternack ein Tanzen anschloß. Der dem Denkmalsfonds ausfließende Reinertrag belief sich auf rund 50 Mark.

Am 1. April tritt das Reichsgesetz, betreffend Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung, in Kraft. Voraussetzungen sind die gleichzeitige und gleichmäßige Annahme der neuen Zeitbestimmung in allen Bundesstaaten, in welchen die mitteleuropäische Zeit nicht schon gegenwärtig verwendet wird, ohne Schwierigkeiten vollzogen, wenn nicht nur die öffentlichen Verkehrsanstalten, sondern auch die Behörden bei der Ordnung ihres Dienstes und bei allen Zeitangaben sich vom 1. April ab alsbald ausschließlich der mitteleuropäischen Zeit bedienen wollen. Dies läßt sich aber dadurch befördern, daß auf rechtzeitige Umstellung aller öffentlichen Uhren Sorge getragen wird, alle öffentlichen Uhren daher vom Morgen des 1. April ab alsbald die neue Zeit anzeigen. Zuverlässige Angaben über die letztere zu erhalten, wird, wie im „R. A.“ bemerkt wird, nirgends auf Schwierigkeiten stoßen, da bei allen Eisenbahnstationen und Telegraphenanstalten die Abweichung der neuen Zeit von der Ortszeit bekannt ist. Von dem Reichskanzler ist den Bundesregierungen die Anregung gegeben worden, in diesem Sinne die Behörden anzuweisen. So ist zu erwarten, daß der Uebergang zur neuen Zeit rasch, in weiten Kreisen der Bevölkerung sogar ohne jede bemerkbare Einwirkung vor sich gehen wird.

Laut Amtsblatt der königl. Regierung ist der dätarische Gerichtschreibergehülfe Aluar Horn hier selbst zum etatsmäßigen Gerichtschreibergehülfe bei dem Amtsgericht in Tangermünde ernannt. — Einer verführten Gypresseung gegen den Rechtsanwalt Freitag in Leipzig sich schuldig

gemacht zu haben, waren am Freitag vor der Strafkammer des Halle'schen Landgerichts angeklagt der Schneider Wilhelm Loos aus Merseburg, der Schuhwaarenhändler Otto Kunkel daher und dessen Mutter Rosina Kunkel, gegenwärtig wegen Verleitung zum Meineide im Zuchthaus. Der Angeklagte Loos, der sich General-Verwalter des wegen Brandstiftung im Zuchthaus sitzenden Gemanannes der R. nennt, hatte den Rechtsanwalt F. in Leipzig beauftragt, in der Sache des Gemanannes Kunkel das Wiedererfassung-Verfahren einzuleiten. F. übernahm nach Hinterlegung eines Vorkaufsschusses von 25 Mk. den Auftrag. Er mußte deshalb nach Halle fahren, mit dem verurteilten Kunkel im Zuchthaus Rücksprache nehmen und die beim Rechtsanwalt W. befindlichen Akten einsichten. Die Reise verzögerte sich aber wider Erwarten, so daß Loos mehrere Male mit den anderen beiden von Merseburg nach Leipzig fahren mußte. Schließlich verlangte er die Akten und den Vorkaufsschuss zurück, welches beides ihm sogleich zugestellt wurde. Am 29. April schrieb L. in Gemeinschaft mit den anderen beiden an Rechtsanwalt Freitag zwei Briefe; in einem derselben beanspruchte er 43 Mk. für Reise- und Veranlassung, Zehrungskosten, in dem anderen forderte die R. und ihr Sohn 59,05 Mk. Wenn das Geld nicht eingeschickt würde, dann würden Schritte gethan werden, die ihm, Herrn Freitag, in seiner Pflicht sehr hinderlich sein könnten. In diesen Worten wurden die Kriterien einer verführten Gezeßung erfüllt, und Loos, der der Vater des Gemanannes gewesen, wurde zu 4 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust, Otto Kunkel zu 1 Monat Gefängnis, dessen Mutter zu 1 Woche Zuchthaus zusätzlich ihrer Strafe wegen Verleitung zum Meineide verurteilt.

Die letzten drei Tage brachten wieder erhebliche Temperaturschwankungen. Während am Sonnabend früh das Thermometer den Gefrierpunkt anzeigte und die Tageswärme nur bis auf 6 Grad R. über Null stieg, brachte uns der Sonntag trotz starker Luftbewegung in den Mittagsstunden 12 Grad R. Schattenswärme und am gestrigen Tage verließ sich das Quecksilber sogar bis auf 15<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Grad. Ein den direkten Sonnenstrahlen ausgesetztes Thermometer ließ uns an den beiden letzten Tagen bereits 20 Grad R. über Null verzeichnen. Unter solch günstigen Witterungsverhältnissen locate der vorgestrige Sonntag die Bewohner unserer Stadt in Scharen hinaus in's Freie und die benachbarten dörflichen Restaurationen erfreuten sich eines ungemein zahlreichen Besuchs.

### Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.

3 Riter Eichen, die er sich am Nachmittag des 16. October v. J. in dem königlichen Forstrevier Burgliebenau als Futter für sein Vieh gesammelt hatte, waren die Veranlassung, daß sich der bisher unbescholtene Landwirth Friedrich Karl Ackermann aus Burgliebenau am 9. d. vor der Halle'schen Strafkammer wegen Diebstahls zu verantworten hatte. Im Laufe der Verhandlung ergab sich, daß A. dafür schon mit einer Geldstrafe belegt war. Es mußte daher das Verfahren eingestellt werden. Der Angeklagte hatte aber den Förster zu bestimmen versucht, seine Anzeige zu erstatten; er wolle es mit ihm abmachen. Am Abend traf er den Förster, bot ihm einen freundlichen „guten Abend“ und drückte ihm einen Thaler in die Hand mit den Worten „nun ist alles abgemacht.“ Wegen Bestechung wurde er zu 10 Mk. verurteilt.

§ Laut Amtsblatt der kgl. Regierung hier selbst hat der Apotheker Dr. Hermann Block die Strebl'sche Apotheke in Schaßfurt käuflich erworben. § Rogleben, 9. März. Gestern fand in hiesiger Klosterschule die diesjährige Abiturientenprüfung statt. Es traten 13 Primaner in dieselbe ein, fünf davon wurden auf Grund ihrer vorzüglichen schriftlichen Arbeiten von der mündlichen Prüfung dispensirt. Die übrigen haben bestanden.

§ Freyburg, 10. März. Die Stadtverordneten beschloffen in gestriger Sitzung die Aufnahme einer Gesamtanleihe von 214 000 Mk. bei der Kreissparkasse in Querfurt jährlich mit 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> % verzinsbar und einer fährlichen Tilgungsrate von 2 %. Die Tilgung soll im Jahre 1921 vollendet sein. — In den Eindrücken ist man nunmehr beschäftigt, die erste Arbeit, das Räumen der Weinstöcke, vorzunehmen. Wie schon gemeldet, hat die strenge Kälte den Weiden besonders in den tieferen Lagen großen Schaden zugefügt.

### Vermischtes.

\* Durch eine Feuersbrunst) wurde am Freitag Abend in Wolfen der größte Theil eines aus Geschäftshäusern bestehenden Stadtdistricts in Asche gelegt. Das Geschäftlocal der Singer-Nähmaschinen-Gesellschaft, ein großes Hotel und andere große Geschäftshäuser sind gänzlich ausgebrannt. Drei Personen haben in den Flammen ihren Tod gefunden, 30 haben Verwundungen davongetragen. Der Schaden wird auf drei Millionen Dollars geschätzt.

\* (Im Garibaldihaus) auf der Insel Caprea wurde am Donnerstag ein Diebstahl verübt. Mehrere Epistolen

drangen vom Keller aus in das Sterbezimmer des Freihaarenführers ein und nahmen viele goldene und silberne Stücke mit, die dort niedergelegt waren. Als der Thatsüchdige wurde heute auf der Insel Sargati vier Soldaten verhaftet, die von Naperra, wo sie Wachtposten hatten, auf einer der Familie Garibaldi gehörenden Barle geflohen waren und nach Corica übersehen wollten.

\* (Die politische) Probefahrt mit der „Benzine“ hat das Ergebnis gehabt, daß das Fuhrkommissariat des Berliner Holzprüfungsamtes gegen Fahrten der Benzine in den Straßen der Stadt nichts einzuwenden hat, soweit sie als „Privatfahrzeug“ in Verkehr tritt. Die sogenannten elektrische Droßeln wird also vorläufig noch auf sich warten lassen.

\* (Wird im Eisenbahnen.) Als Freitag Nacht der Eisenbahnhof von London in Hottings anlang, fand man eine Feuerherde in einem Coupé zerbrochen und die Sitze mit Blut bespritzt. Das Coupé selbst war leer. Am Morgen entdeckte man einen Leichnam nahe bei der Station. Es scheint, daß der Körper gegen das Fenster, nachdem die Thüre geöffnet wurde, gestürzt worden war. Der Leichnam ist verwest.

\* (Die Besatzung) im Westküste einer Jacht ist gewiß eine Seltenheit, hat dieser Jäger aber doch in Basel festgefunden und erwiderte daher, daß eine mächtige Bärin, der Stolz des Zoologischen Gartens und die Freude des Publikum, zugleich Mutter zweier noch unerzogenen Kinder, tot niedergestürzt wurde. Das Thier hatte, wie man der „Fitz“ sagt, eine Nachlässigkeit der den Jäger reparierenden Handwerker bemängelt, mit seiner Jugend die düstere Besatzung verlassen und sich den Garten etwas besahen ohne auch nur einen einzigen Fächerchen etwas zu thun; dann erlegte das schwere Geschöpf einen hohen Baum, wahrscheinlich um die Jagdfrage zu finden, und wurde in dieser abentheuerlichen Gesinnung von einer Angel erregt. Der trauernden Hinterlassenen wurden ohne große Mühe in ihr altes Kastell zurückgeführt.

\* (Walfische im Mittelmeer.) Wie der „Fdn. Jtg.“ aus Madrid geschrieben wird, treiben sich gegenwärtig fünf Male an der Küste Spaniens unvor und verbreiten Schrecken unter den übrigen Meeresbewohnern.

\* (Berunglückte Vergleute.) Im Gesellschaft bei Mattoor wurden drei Jener durch Einatmung von Erbsengasen getödtet.

\* (Eisenbahn-drama.) In Hamburg feierte der Photograph Stenjen sechs Nebelebensehen auf seine Frau ab, weil er sie der lustigen begünstigte. Die Frau wurde lebensechtlich verletzt. Der Thäter starb.

\* (Wegener'sche Fahrt im Arktischen) Konstantinow, 11. März. Der Schneidmacher „Fritz Biernard“ der hamburg-amerikanischen Pachtfahrt-Aktiengesellschaft ist mit 240 Passagieren aus Smolna hier eingetroffen. An Bord ist Alles wohl.

\* (Ein Verlaufs-Automat für — Arzneien) ist soeben für Oesterreich-Ungarn patentirt worden. Man wirft seinen Dolos hinein und bekommt ein Medicament, das gegen die landesüblichen Krankheiten gebraucht wird. Derartige automatische Dolosen sind in America schon längere Zeit vorhanden.

\* (Kaiserliches Gnadengeschenk.) Golbab, 8. März. Dem früheren Kammerer Gallias aus Schöneberg, welcher sich eine längere Zeit in hiesigen Anstalten unter dem schon verstorbenen Kaiser, beugte man dem Gutsherrn Reiner, in Ostfriesland, hat, ist kaiserliches Gnadengeschenk, als Entschädigung vom Kaiser ein Gnadengeschenk von 250 Mark überlassen worden.

\* (Ein schweres Verbrechen) berichtet das „Königliche Tagebl.“ aus Rummelsburg (Reg.-Bez. Berlin). Von einem Jagdmarke heimtödtete, legte ein auf einem Abban wohnender Colonist mit seiner 12 Jahre alten Tochter in einer Wirthschaft in dem Dorfe Wd. v. ein, wo er sein Portemonnaie mit dem Gelde zeigte, das er für eine verkaufte Kuh eingegeben hatte. Nachdem der Landmann sich durch den Genuß einiger Gläser Brantwein gefügt hatte, verließ er das Local und gab dranshen der Tochter das Geld, weil er es da er es zu verwenden wolle. In dem Augenblicke, als er plötzlich von hinten einen Schlag auf den Kopf erhielt, der ihn sofort leblos zu Boden streckte. Das Mädchen ergiff die Flucht und eilte in das Wirthschaftsgeräth, wo es der Wirthin erzählte, was geschehen war, und auf Verlangen mittheilte, daß es das Geld bei sich trage. Die Wirthin wußte das Mädchen durch Jureden zu bewegen, ihr das Geld in Verwahrung zu geben, und führte darauf das Kind in eine neben der Gaststube befindliche Kammer. Hierbei hörte das Mädchen, wie die Wirthin mit ihrem Manne, der von ansien mit einer Wt gekommen war, darüber herabschlugte, wie es nun auch ans der Welt geschickt werden solle. In dem Augenblicke, als das Mädchen sich hindurchhängend, die Kammer, und endlich den Tisch begreute es im Freien einen Genarm, dem es den Vorkall erzählte. Mit Hilfe einiger herbeigeholter Männer wurde das Mörderpaar ergriffen und in Haft gebracht.

\* (Ein skandalöser Auftritt), der am Mittwoch Abend im Brühler Colporteurtheater stattgefunden hat und der das Tagesgespräch der Brühler Gesellschaft bildet, wird der „Post, Jtg.“ wie folgt gemeldet: Das Theater geht gegenwärtig unter großem Jubel das Ausstattungsspiel „Das Goldland“. An der Spitze standen zwei Herren und haben um bestimmte Entgelte. Während der Beamte nach diesen Vätern suchte, war ein kleiner, sein gekleideter Herr herangereten und forderte ungenäh mit den Worten: „Sind Sie denn mit diesen Vätern noch nicht fertig?“ eine Eintrittskarte. Als der Beamte auf den Wunsch, daß, fähig der Unbekannte auf den Tisch, wettete und schickte. Da bereits eine Anstammung infolge des Wärmes entstanden war, so trat der Polizeioffizier Herr Vols heran und hat den Herrn um Wäsigung. Ein Faucheln gegen die Brust und eine Füh Schimpfreden waren die Antwort. Der Offizier hat nunmehr den Wätkenden um seinen Namen; da er dies verweigerte, so nahm ihn der Offizier am Stragen; andere Polizisten sprangen hinzu und führten den um sich schlagenden nach der Polizeiwache. Hier benahm sich der Herr so ungebührlich, daß man ihm mit der Zwangsade drohte. Das brachte ihn zur Besinnung; es stellte sich heraus, daß der Herr ein Mitglied der Reichsler Konzeption, der Deputationskommission des Reiches der bekannte Erbkaiserliche Abgangbesitzer Kapitan von Gole war. Es wurde sofort ein Protokoll aufgestellt, der Klagenantrag bei der Staatsanwaltschaft eingereicht und dem Klagebeschwerde Kenntnis gegeben. Herr von Gole wird nun erfahren, daß Brüssel nicht am Kongo liegt.

\* (Ein geheimes Coupé) war dieser Tage zum

ersten Mal in den Straßen Berlins zu sehen. Der mit dem Straßigen Heißluftball verlebte Wagen ist nun bestimmt, die Heißluft von Contigap, Doktor, Kranke, man u. s. w. nachzumachen. Für die 18 Stunden anhaltende Heizung eines Wagens genügt 1 Liter Petroleum, das sich in einem auf dem Verdeck angebrachten Behälter befindet und durch ein Leitungsrohr dem Heizapparat zugeführt wird, der zwischen den Hinterrädern liegt und von außen beheizt wird.

\* (Leber australische Landplagen) wird der „Fdn. Jtg.“ aus Brisbane geschrieben: Mitte Januar erliegen in den Zeitungen eine Befamungung des Regierungsaufsehers der „famenschönen Räume“, Mr. A. Donaldson, daß trotz aller Maßnahmen die Zahl der Kaninchen sich anhaltend vermehrt. Neben der zeitweise einsetzenden anhaltenden Dürre, die mit verheerenden Wolkenbränden wechsell, der weiten Ausdehnung der Bestellerien (Droptum, Raubkäuzchen, Bentebraten) ist eine immer schärfere Landplage die Kaninchen. Wenn ein einziger Quatter in einem Monat 64 000 Bentebrater gebietet hat, so mag man ermeinen, welchen Schaden diese Thiere anrichten. Dieser Schaden verjüngt aber neben den Verwüstungen durch die Kaninchen. Als diese Vager von Europa her eingeführt wurden, hatte man keine Ahnung davon, was für Unheil durch sie entstehen würde. Millionen und aber Millionen werden alljährlich getödtet, eine eigene Art von Jägern, die „Käbbiters“, beschäftigt sich mit ihrer Ausrottung — alles vergebens. Man griff zu den ausgedehnten Mitteln, suchte ihnen das Verinapfer abzunehmen und drängte sie zu Boden voll vergifteten Hofes, wo sie in zahllosen Mengen umstarrten, man umgab die „Käbbiters“ und „Babbits“ mit launigen „Käuzchen“, unter denen sie sich nicht hindurchwissen können, und stellte diese viele Weiten lange Käuze unter staatlicher Aufsicht — der Kaninchen wurden immer mehr. Gar mancher der frühigen Landwirthschaft hat schon sein, seine Plantagen räumen und nachfollos den nimmerlerten Vagern überlassen müssen. Die Kolonie Victoria hat 10 bis 12 Millionen Acker, „Malle-Scrub“. Der Malle ist eine zergewigte, am Boden liegende Gummibaumart. Der Stamm hat nur wenige Zoll im Durchmesser und ist von geringer Höhe; die Wurzel hat Reithenform und ist von außerordentlicher Härte.) Diese Gebüsch sind fast unüberwindlich und von Kaninchen dicht bevölkert. Hier halten sich die Käbbiters darauf, das sie mit langen Stängeln den Malle niederrollen, und dann wenn er verrottet, man verfaulen. Das alles aber die Landplage nicht auszurotten vermocht, hauptsächlich deshalb nicht, weil bisher weder unter den Ansehern noch unter den einzelnen Kolonien ein Unternehmen über die zu ergreifenden Maßnahmen zu erzielen gewesen ist.

(Dem Kaiser) hat der italienische Marine Minister Admiral Naccia nach der „Post“ im Namen der italienischen Regierung eine kostbare Gabe überreicht. Es ist ein Album im größten Format, das photographische Abbildungen von allen Kriegsschiffen der italienischen Marine bringt. Die in die kleinsten Einzelheiten sauber ausgeführten Photographien sind dann noch bemalt worden. Ein zweites Album wird dem Prinzen Heinrich überreicht werden.

(Gold in Deutschland.) Der Administrator der britischen Südwest-Gesellschaft in Liverpool, aber eine neue wertvolle Entdeckung von Gold innerhalb 15 Meilen des Stahlwerks von Salisbury gemacht worden ist. Das Gestein bildet, wie es scheint, einen Theil des Palaeozoischen. Das Telegramm sagt hinzu, daß 5 Parallelliter des Gesteins offengelegt worden, von denen einige sehr reich und permanent sind.

### Gerihtsberhandlungen.

— Leipzig, 11. März. Nach vierjähriger Verhandlung verurtheilt heute das hiesige Schwurgericht wegen Münzverbrechens den 30jährigen Otagereisen Rey aus Cottbus zu 6 Jahren Zuchthaus, den 29jährigen Cigarrenhändler Christian Meyer aus Angsburg zu 6 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, den 33jährigen Handelsmann Wilhelm Meyer aus Rodahn bei Delzig zu 3 Jahren 8 Monaten Zuchthaus und den 33jährigen Schmiedemann aus Angsburg zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, sowie den bereits zwei Mal wegen Münzverbrechens verurtheilten 27jährigen Mediziner Werner wegen Verbreitung eines Münzverbrechs 8 § 151 des R.-Str.-G. zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis. Rey, der auch schon wegen Münzverbrechens verurtheilt ist, hat von Ende November bis 23. Dezember 1891 in Gemeinschaft mit den Gebrüdern Meyer in Rodahn bei Delzig falsche 1, 2, 3- und 5-Markstücke angefertigt. Von Ende Januar 1892 bis 26. April 1892 haben Christian Meyer und Niemann in Angsburg falsche 1- und 2-Markstücke gegoffen. Wilhelm Meyer hat von 23. Dezember 1891 bis 28. April 1892 in Rodahn falsche 1-Markstücke gefälscht. Das Rey und Werner von Ende November 1891 bis in den März 1892 falsche 1-Markstücke angefertigt hatten, wurde nicht für erwiesen angesehen, bezüglich Werner's wurde aber Verurteilung eines Münzverbrechens nachgewiesen. Die Verurtheilten sind Glieder einer großen Fälscherbande, die ihr Unwesen namentlich in Böhmen und Bayern getrieben haben. Auch nach Aestien sind Fälschlinge gekommen. Wie erfolgreich sie gearbeitet haben, geht daraus hervor, daß Rey, Christian und Wilhelm Meyer am 23. Dezember 1891 in Eger, bei einem Weichändler allein gegen 800 Mk. in falschen Zweimarkstücken gegen österreichisches Papiergeld eingewechselt haben.

— Eisen a. d. Ruhr, 11. März. Der Vorsitzende des rheinisch-westfälischen Bergarbeiter-Verbandes zu Dortmund, Schröder, sowie der Bergmann Margraf zu Gelsenkirchen sind von der hiesigen Stadtammer anlässlich der letzten Erhebung wegen Aufgehens aus dem Verein die Geleße durch Besetzung eines Bergarbeitervereins durch Verbreitung von Flugblättern während der Auslandszeit zu 4 Monaten bzw. 6 Monaten Gefängnis verurtheilt worden.

— Rudolstadt, 10. März. In dem Strafprozeß wider den Aufsichtsrath und den Director der Saalfelder Vereinsbank in Conkurs ist außer den bereits angeführten Angeklagten auch der Fabrikant Vogel zu 1 Jahre Gefängnis verurtheilt worden.

### Wien-Bericht.

Halle, 11. März. Bericht über Stroh und Heu mitgetheilt von Otto Schäfer. (Einnahme Preise gelten für 50 kg.) Roggen-Zangirob (Gandbrück) 2,00—2,50 Mk. Wastienkrobb (Weichenrobb) 1,50 Mk. Roggenstroh 1,50 Mk. Weizenstroh 3,75—4,00 Mk. Riechen 4,25 Mk. Erbsen 1,25 Mk.

Hiebaktion, Druck und Verlag von Th. M. H. H. in Merseburg.

# Correspondent.

Er scheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Geschäftsstelle: Delgrabe Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis  
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —  
1 Mark 20 Pf. durch den Beirathgeber. —  
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

N. 52.

Dienstag den 14. März.

1893.

## Die Sozialpolitik der Konservativen.

Die Betrachtungen über den Humanitätsfanatismus, die der Freiherr v. Münnigerode in diesen Tagen im preussischen Abgeordnetenhaus angestellt hat, haben den Reichstagsabgeordneten Theodor Barth veranlaßt, in der „Nation“ die Sozialpolitik der Konservativen etwas näher zu beleuchten.

„Das preussische Junkerthum“ — so führt er aus — „wird nicht leicht Jemand im Verdacht haben, an übertriebener Humanität zu leiden. Aber es galt doch eine Zeit lang für klug, arbeiterfreundlich zu sein. Die kaiserliche Vorkchaft von 1881 wurde — besonders so lange sie die Agrarier nicht kostete — mit demonstrativer Ehrfurcht behandelt. Wir haben uns durch diese Haltung nicht täuschen lassen. Die preussischen Junker — Fürst Bismarck an ihrer Spitze — haben die Zwangsversicherungsgesetzgebung, wie sie aus der Vorkchaft von 1881 hervorgemacht ist, immer nur als ein Correlat zum Sozialistengesetz betrachtet; als Zuckerbrot neben der Peitsche. Der Zwangscharakter dieser Gesetzgebung erschien ihnen geeignet, die Unterdrückung der in der Sozialdemokratie zusammengefaßten Arbeitermassen zu vollenden. Eine innere Anteilnahme an dem wirtschaftlichen Geschick der Arbeiter war dabei herzlich wenig im Spiel. Fürst Bismarck wollte vor allem der widerspenstigen Arbeiter Herr werden. Ein völliges Fiasco war die Folge. Die Zwangsversicherungsgesetzgebung hat der Sozialdemokratie keinen Abbruch getan, die selbe vielmehr durch die staatliche Anerkennung mancher sozialistischen Grundsätze nur gefördert. Ein diabolischer Humor wollte obendrein, daß Fürst Bismarck über seine eigene Sozialpolitik stolperte und zu Falle kam. Er hat es soviel von Sozialreform geredet, bis der Staatssozialismus Mode wurde und eine wohlmeinende Gefolgschaft anfang, die Sozialreform um ihrer selbst willen zu pflegen. So entstand das Verlangen nach Arbeiterschutz, Fabrikinspektoren, Gewerbegerichten, Arbeiterauschüssen u. Das alles war durchaus nicht nach dem Geschmack des Fürsten Bismarck, aber die Geister, welche er gerufen hatte, ward er nicht mehr los und sie flopfen ihn schließlich sogar aus dem Reichstagspalais hinaus. Im ganzen preussischen Junkerthum hat sich inzwischen ein ähnlicher Prozeß vollzogen. Man ist des trockenen Tones der Arbeiterfreundlichkeit satt; man findet auch, daß die Gesetze mit mehr Kosten und Unbequemlichkeiten verknüpft ist, als man sich seiner Zeit träumen ließ; und endlich ist von einer größeren Zufriedenheit der Arbeiter infolge der Sozialreform bisher nichts zu spüren.

Die konservativen Agrarier sind deshalb jetzt bereits unwillig. Sie verlangen Schneidigkeit der Behörden, sobald die Arbeiter einmal von ihrer Coalitionsfreiheit in unbedeutsamer Weise Gebrauch machen; sie flagen Stein und Bein über die Unbotmäßigkeit und — in diesem Punkte sind sie sachverständig — die Begehrtheit der — Arbeiter. Selbständige Arbeiterorganisationen sind ihnen ein Gräuel; sie verlangen Direction von oben und schärfere Disziplin. Schon wagen sich auch die Wünsche auf Beschränkung der Freizügigkeit und Einschränkung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Reichswahlrechts offen hervor, während durch die künstliche Vertheuerung der Lebensmittel und die angegriffene Geldverfälscherung die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter ohne Scheu angegriffen werden. So steht in der heutigen politischen Praxis die „Arbeiterfreundlichkeit“ der leitenden Konservativen aus. Diese Entwicklung der Dinge muß man vor Augen haben, will man den Abscheu des Herrn von Münnigerode vor dem „Humanitätsfanatismus“ recht verstehen.

Wer den Dingen nicht näher auf den Grund sieht, der könnte zu dem Mißverständnis verführt werden: die retropektive Kritik, die Herr von Münnigerode an den sozialreformatorischen Taten seiner Parteigenossen heute übt, näherte sich den Anschauungen, auf Grund deren wir Freisinnigen seiner Zeit die staatssozialistische Gesetzgebung bekämpft haben. Nichts wäre irriger



angeht nicht mehr, sondern vom die guerre de classe hatten — erkennbar. Die letztere Gruppe einigt sich immer mehr in den Zielpunkten und strebt dem gemeinsamen Ziele nur auf verschiedenen Wegen zu. Die erstere Gruppe dagegen, die seiner Zeit durch die diplomatische Taktik des Fürsten Bismarck zusammengeführt wurde, wird sich ihrer Dieparität immer deutlicher bewußt, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann sie offen die Waffen gegen einander kehrt. Das Wort vom Humanitätsfanatismus wird Einiges zur Aufklärung beitragen.“

## Politische Uebersicht.

Gegen die ungarische Kirchenpolitik hat am Freitag Fürstprimas Vaszary dem Ministerpräsidenten die Adressen des ungarischen Episcopats an die Regierung und den Kaiser überreicht. In der Adresse an den Kaiser wird behauptet, das kirchenpolitische Programm der Regierung würde die alten Institutionen Ungarns umstürzen, unabsehbare Wirren hervorufen und die katholische Kirche in ihren Grundlagen erschüttern. Der Episcopat schließt mit der Bitte, der Kaiser möge als Schutzherr der Kirche gefährliche Neuerungen von der Kirche und dem Vaterlande fernhalten. Das Memorandum an das Ministerium bespricht ausführlich in fünf Abschnitten die confessionelle Zugehörigkeit der Kinder aus gemischten Ehen, die Civilmatrikeln, die Reception der Israeliten, die freie Religionsübung und die Civilehe. Der letzte wesentlichste Abschnitt führt aus, die Civilehe verlege tief das allgemeine religiöse Gefühl, verlege die Dogmen über die christliche Ehe und nehme die Ehe aus der Hand der Kirche; die kirchliche und die bürgerliche Ehe schloffen einander aus. Das Memorandum spricht die Behauptung aus, daß in Ländern mit Civilehe, beispielsweise in Preußen, die Entchristlichung Platz greife. Nach Ansicht des Memorandums wäre der Civilakt in Deutschland unpopulär; das evangelische sowie das katholische Volk Deutschlands verlagten demselben die Anerkennung seiner eigenthümlichen Reichswirkungen. — Ein derartiger von Unrichtigkeiten und Uebertreibungen mimmelndes Memorandum kann auf ernsthafte Beachtung keinen Anspruch machen. Gerade die Bezugnahme auf Deutschland zeugt von einer fast verblüffenden Unkenntnis der Verhältnisse in allen

ndern. Der Civilakt in Deutschland hat sich so eingebürgert und wird als etwas so Selbstverständliches angesehen, daß von einer Unpopularität derselben oder einer Verfassung der Anerkennung für ihn nicht im Mindesten die Rede sein kann. — In der Freitagssitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses nahm der frühere Ministerpräsident Koloman Tisza das Wort, um die von Abboth aufgestellte Behauptung, er habe in seiner Stellung als Ministerpräsident f. Z. die römische Kurie um ihre Bestätigung im Interesse innerer politischer Angelegenheiten angegangen, für vollkommen un wahr zu erklären. Er würde nie gebuhet haben, daß die römische Kurie bestimme, welches ungarische Gesetz der ungarische Staatsbürger Geltung besse. Weder noch Graf Kalnoky hätten jemals die Hilfe des papstes bezüglich innerer ungarischer Angelegenheiten gerufen. Es könne vorkommen, daß ein ungarischer Ministerpräsident sich veranlaßt fühle, in Rom auf gewisse Uebelstände aufmerksam zu machen. So habe er als die Richtung Strosmayers in Rom immer mehr um sich greiff, aufmerksam machen lassen, daß die Förderung dieser Richtung nicht rathlich sei. Allein niemals habe er die Kurie angerufen, ihn oder seine Regierung zu unterstützen.

Der französische Panama-Bestehungsprozeß, bot am Freitag ein erhöhtes Interesse durch Vernehmung von Floquet, Clemenceau und Reynier. Zugleich kam es bereits zu einigen hitzigen Enthüllungsbemerkungen, welche neue Uebersetzungen erwarten lassen. Vor den Zeugenvernehmungen gab der Sachverständige Florj nochmal eine Uebersicht über den Stand der Panama-Gesellschaft. Danach hat die Gesellschaft von den ursprünglichen 1430 Mill. Frs. nur noch 200 Mill. Aktiva, obwohl für die Kanalarbeiten selbst nur 555 Mill. verausgabt worden sind. Für Publikationskosten einschließlich der Bestellungen sind nicht weniger als 105 Mill. verwandt worden. Die ersten Zeugen, Deputirte zur Zeit des Voos-Emissionsgesetzes, sagten entlastend für Sandelroy aus, der bereits vor der Abstimmung seinen Umschwung mit Rücksicht auf die Wünsche der Wähler erklärt habe. Der Deputirte Salis machte dabei die sensationelle Mittheilung, er habe in der damaligen Landescommission gehört, daß der Präsident der Republik von der Liste der in der Panama-Affaire compromittirten Personen Kenntniß erhalten habe. Einem Tages habe er im Budgetauschuß deutlich vernommen, wie Voos Guyot erklärt, Constans habe in Ministerath gesagt, er habe in seinem Portfeuille eine Liste von Leuten, die in der Panama-Affaire „gemeinlich“ hätten, und werde dieselbe Herr Carnot übergeben. Er berief sich auf das Zeugniß anderer Deputirter, die damals zugegen waren. Unter allgemeiner Excitation erfolgte dann die Aufzählung von Floquet, gegen den Lessps die Behauptung wiederholte, daß dieser von der Gesellschaft 300 000 Frs. für Breßzweck gefordert habe. Floquet stellte das entschieden in Abrede; er habe es nicht nötig gehabt, Geld von Lessps zu erhebeln. Als er das Ministerium übernommen, habe er an geheimen Fonds über eine Million verfügt. Er habe die Lessps nur als Postulanten empfangen, die ihn gebeten hätten, dafür zu sorgen, daß das Emissionsgesetz auf die Tagesordnung gesetzt werde. Lessps hielt jedoch demgegenüber seine Aussage aufrecht, worauf Floquet erwiderte, auch er bleibe bei seiner Aussage, die er mit seinem Eide beständige. Als Lessps hierauf auf die Affäre Blaso einging, bemerkte Floquet: „Ich verstehe nicht, was Sie wollen.“ Bei diesen Worten erschollen aus dem Zuhörerraume heftige Ausrufe gegen Floquet, so daß der Präsident den Saal räumen ließ. Bei Wiederaufnahme des Berhörs vertheidigte Lessps, Floquet habe ihn aufgefordert, zu schweigen, damit ein Prozeß zwischen Reinach und Herz vermieden werde. Floquet gab hierauf zu, daß er die beiden Lessps zu sich habe rufen lassen, aber lediglich zu dem Zwecke, um ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die